

Leitantrag

Mitgliederversammlung am 10.10.2026

Initiator_nnen: Beate Meini-Reisinger, Christoph Wiederkehr, Claudia Gamon, Markus Hofer, Sepp Schellhorn, Sophie Wotschke, Yannick Shetty, Indra Collini, Felix Eypeltauer, Birgit Obermüller, Niko Swatek, Christoph Lach, Janos Juvan, Arlette Zakarian, Stephanie Krisper, Anna Stürgkh, Katharina Kainz, Dolores Bakos, Johannes Gasser, Wenzel Röhsner, Bianca Perina, Fiona Fiedler

Titel: **Der Reformerfolg gehört den Bürger:innen. Das Risiko den Politiker:innen.**

Antragstext

- 1 Für uns NEOS ist klar: Der Mehrwert erfolgreicher Strukturreformen muss bei den
2 hart arbeitenden Steuerzahler:innen ankommen – spürbar und automatisch. Denn
3 bleibt Sparen nur eine Rechenzeile im Budget, entsteht Reformmüdigkeit. Zugleich
4 dürfen sich populistische Politiker:innen in Bund und Ländern nicht länger aus
5 der Verantwortung stehlen. Unverantwortliche Schuldenpolitik muss Konsequenzen
6 haben.
- 7 Zwar hat die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen für die kommenden Jahre bereits
8 rund 100 Milliarden Euro an neuer Verschuldung verhindert. Trotzdem wächst der
9 heimische Schuldenberg weiter. Österreich gibt mehr aus, als der Staat einnimmt.
10 Das bisherige Sparen reicht nicht.
- 11 Sobald weitere Strukturreformen – etwa bei Pensionen, Gesundheit oder
12 Förderungen – Luft im Budget schaffen, wachsen jedoch auch die Begehrlichkeiten
13 populistischer Politiker:innen. Sie wollen Wahlzuckerl verteilen und
14 Klientelpolitik betreiben. Vor einem Wahljahr gilt deswegen erst recht: Was
15 eingespart wurde, darf nicht sofort wieder an einzelne Interessensgruppen
16 verteilt werden.

17 Wir NEOS wollen dem einen Riegel vorschieben. Entsteht durch zusätzliche
18 Reformen Spielraum, sollen die Steuerzahler:innen direkt davon profitieren und
19 der Schuldenabbaupfad zugleich konsequent weiterverfolgt werden. Wer reformiert,
20 schafft Spielraum für die Menschen. Wer Reformen verweigert und seine
21 Budgetziele verfehlt, bekommt weniger Gehalt.

22 So schaffen wir eine einfache Regel: Reformerfolge kommen den Menschen zugute.
23 Schuldenpolitik hat für die Verantwortlichen Konsequenzen.

24 **Die Reform-Dividende**

25 Was der Staat durch Reformen mehr spart als geplant, darf niemand ausgeben –
26 nicht das Finanzministerium, nicht die Koalition, nicht der nächste Wahlkampf.

27 Bisher war es umgekehrt. Hatte der Staat mehr Geld als geplant, fand die Politik
28 verlässlich eine Verwendung. Und zwar nicht für sinnvolle Zukunftsinvestitionen,
29 die es selbstverständlich geben muss, sondern für teure Wahlzuckerl und
30 Klientelpolitik.

31 Genau das muss aufhören. Schneidet der Staat beim Defizit besser ab als geplant,
32 gilt ab jetzt Halbe-halbe: Die Hälfte wird für den weiteren Schuldenabbau
33 verwendet. Die andere Hälfte kommt als Entlastung bei denen an, die arbeiten und
34 Steuern zahlen.

35 Die Reform-Dividende fließt erst, wenn etwas gelungen ist.

36 So funktioniert:

37 • Eine unabhängige Stelle, z. B. der Fiskalrat oder der Budgetdienst, stellt
38 im Frühjahr das bereinigte Defizit fest, ohne Einmal- und Vorzieheffekte.

39 • Die Reform-Dividende wird ausgelöst, wenn das Defizit um mindestens 0,1
40 Prozent des BIP besser ausfällt als geplant.

41 • Von diesem Überkonsolidierungsbetrag fließt die Hälfte in den weiteren
42 Schuldenabbau. Die andere Hälfte bekommen die Steuerzahler:innen im
43 Folgejahr über einen Freibetrag in der Einkommensteuer zurück.

44 • Ein eigenes Gesetz verankert den Automatismus für künftige Budgets. Am
45 besten im Verfassungsrang.

46 **Leistungsabhängige Gehälter für Politiker:innen**

47 Politiker:innen entscheiden über Milliarden und über den Spielraum der nächsten
48 Generationen. Wer diese Macht hat, muss für die Folgen einstehen.

49 In der Privatwirtschaft ist das selbstverständlich. Wer dauerhaft mehr ausgibt,
50 als er einnimmt, spürt die Konsequenzen. In der Politik fehlt dieser Bezug.
51 Reformen sind anstrengend. Schulden und Wahlgeschenke auf Kosten der nächsten
52 Generation sind oft der einfachere Weg und in Österreich seit Jahren die Regel.

53 Genau hier wollen wir ansetzen. Wer die Folgen der eigenen Entscheidungen selbst
54 spürt, entscheidet anders. Deshalb wollen wir einen Teil der
55 Politiker:innengehälter an die Einhaltung verbindlicher Budgetziele koppeln. Wer
56 diese Budgetziele erreicht, bekommt das volle Gehalt. Wer neue Schulden macht
57 oder einen vereinbarten Sanierungspfad verfehlt, muss die Konsequenzen am
58 eigenen Gehaltszettel spüren.

59 So funktioniert:

60 • 75 Prozent der Gehälter von Mitgliedern der Bundesregierung bleiben
61 Fixgehalt.

62 • 25 Prozent werden nur ausgezahlt, wenn:

63 ◦ die Schuldenquote in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht
64 steigt oder

65 ◦ eine neue Regierung ein übermäßiges Defizit ihrer Vorgänger
66 übernimmt und den mit der EU vereinbarten Sanierungspfad einhält.

67 • Eine unabhängige Stelle, z. B. der Fiskalrat oder der Budgetdienst,
68 überprüft die Einhaltung.

69 • Ausnahmen sind nur bei klar definierten Krisen wie Pandemien oder einem
70 schweren wirtschaftlichen Einbruch vorzusehen.

71 • Für Mitglieder der Landesregierung sind vergleichbare Regelungen auf
72 Landesebene einzuführen.

73 Reformgewinne gehören den Bürger:innen und der nächsten Generation – nicht
74 Politiker:innen und ihren eigennützigen Wünschen vor einer Wahl. Zugleich sollen
75 Politiker:innen, die Entscheidungen für uns alle treffen, die Folgen ihrer
76 Entscheidungen auch selbst spüren.

77 Deshalb bekennen sich NEOS zur Reform-Dividende als Automatismus und zu
78 leistungsabhängigen Politiker:innengehältern in Bund und Ländern